



## Sie ist die neue Sisi

Devrim Lingnau spielt bei Netflix „Die letzte Kaiserin“. Panorama

So beugt man einem Herzinfarkt vor  
Telefonaktion mit Experten. *Leben*

Die Woche der Nachhaltigkeit.

Lesen Sie heute das Schwerpunktthema in Ihrer Zeitung.



## Fall Mahsa mobilisiert

Weltweiter Protest

In vielen europäischen Städten gehen Menschen auf die Straße, um ihre Solidarität mit den Frauen im Iran kundzutun. Auslöser ist der Tod der 22-jährigen Kurdin Mahsa Amini nach ihrer Festnahme durch die Sittenpolizei. Auch auf der Reichstagswiese in Berlin demonstrierten Menschen für Demokratie und Freiheit im Iran. Dort geht der Protest, vor allem der Frauen, unvermindert weiter, obwohl inzwischen das Internet gesperrt ist. *dpa* Foto: Kay Nietfeld/dpa

Mehr auf Politik



## Lokales

## B 9-Brücke: Bauarbeiter rücken an

Entwässerungsabläufe werden instand gesetzt

■ Koblenz. Das Tiefbauamt der Stadtverwaltung Koblenz lässt ab Samstag, 1. Oktober, auf der Europabrücke in Fahrtrichtung Bonn auf kompletter Brückenlänge Instandsetzungsarbeiten an den Abläufen der Brückenentwässerung durchführen. Die Baumaßnahme wird in zwei Abschnitten durchgeführt, für die jeweils ein Teil des äußeren rechten Fahrstreifens gesperrt werden muss.

Für den Aufbau der Verkehrssicherung am Samstag, 1. Oktober, müssen ab 7 Uhr kurzzeitig die beiden äußeren rechten Fahrstreifen gesperrt werden. Eine Auffahrt auf die Europabrücke aus dem Saarkreis ist für einen Zeitraum von etwa einer halben Stunde dann nicht möglich. Eine Umleitung wird für diese Dauer nicht ausgeschildert. Verkehrsteilnehmern wird empfohlen, während dieser Zeit auf die Kurt-Schumacher-Brücke auszuweichen. Der Rad- und Gehweg auf der Brückenkappe kann während der gesamten Baumaßnahme ohne Einschränkungen genutzt werden. Die Länge der Verkehrseinschränkungen beträgt etwa zwei Monate. *red*



Auf der Europabrücke wird ab Samstag gebaut. Foto: Stadt Koblenz

## 1061 aktive Corona-Fälle

■ Koblenz/Kreis MYK. In den vergangenen sieben Tagen gab es 1936 neue per PCR-Test positiv auf das Coronavirus getestete und 1514 genesene Personen. Die Anzahl aktiver Corona-Fälle liegt damit derzeit bei 1061 – 705 im Kreis MYK und 356 in Koblenz. Die Kreisverwaltung weist in ihrer wöchentlichen Meldung darauf hin, dass die Zahlen nur einen Teil angeben, weil keine PCR-Testpflicht besteht. Die landesweite Sieben-Tage-Hospitalisierungsinzidenz beträgt 7,96 pro 100 000 Einwohner. Die Inzidenzwerte liegen derzeit bei 460,2 (KO) und 508,7 (MYK). Weitere Infos: [www.kvmyk.de/corona](http://www.kvmyk.de/corona) *red*

## Kompakt

### Corona-Inzidenz in Bayern steigt deutlich

■ München. Die Corona-Zahlen in Bayern ziehen weiter an. Gut einhalb Wochen nach Beginn des Oktoberfestes hat die Sieben-Tage-Inzidenz sowohl in der Stadt München als auch im Freistaat die Marke von 500 passiert, wie aus Zahlen des Robert Koch-Instituts hervorgeht. Für Bayern insgesamt bedeutet der Wert von 503,2 einen Anstieg um gut 67 Prozent im Vergleich zum Wert vor einer Woche. In München hat er sich mit aktuell 547 in diesem Zeitraum sogar mehr als verdoppelt. Experten hatten im Vorfeld des Oktoberfestes eine „Wiesn-Welle“ vorhergesagt. Bayern hat nach dem Saarland die zweithöchste Inzidenz in Deutschland. *dpa*

## Die gute Nachricht

### Polizistin sammelt 10 000 Euro für die Ahr

Mit ihrer Spendenwanderung für die Opfer der Flutkatastrophe im Ahrtal hat die hessische Polizistin Sandra Köhler mehr als 10 000 Euro gesammelt. Die 48 Jahre alte Kriminalhauptkommissarin war am Montag nach 24 Tagen, 19 Etappen und rund 415 Kilometern in Kassel angekommen, wie das Polizeipräsidium Südhessen mitteilte. Die Polizistin war am 3. September in Darmstadt gestartet und hatte auf ihrem Weg in allen Polizeipräsidien in Hessen haltgemacht. Die 48-Jährige will mit ihrer Aktion einen Beitrag zum Wiederaufbau des von der Flutkatastrophe betroffenen Ahrtals leisten. *dpa*



Foto: dpa

## SERVICE & FREIZEIT

Leben 10  
Intermezzo: Roman, Horoskop 9  
Ihr aktuelles TV-Programm 16

## WIR FÜR SIE

Aboservice Tel: 0261/9836 2000  
Anzeigen Tel: 0261/9836 2003  
Redaktion Tel: 0261/9836 5000



# Die EU geht von Sabotage aus

Nach den Lecks an beiden Nord-Stream-Röhren plant Brüssel neue Sanktionen gegen Russland

■ Brüssel. Im Westen wächst die Überzeugung, dass die Lecks an den Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 auf einen Sabotageakt zurückzuführen sind. Alles deutet auf eine vorsätzliche Handlung hin, erklärte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell im Namen der 27 Mitgliedstaaten. Jede vorsätzliche Störung der europäischen Energieinfrastruktur sei völlig inakzeptabel und werde „mit einer robusten und gemeinsamen Reaktion beantwortet“. Er sagte weiter: „Diese Vorfälle sind kein Zufall und gehen uns alle an.“

Messstationen in Dänemark, Schweden und Deutschland hatten zuvor seismische Aktivitäten registriert. Die zwei schwachen Erdstöße, die für Menschen aber kaum spürbar waren, ereigneten sich südöstlich und nordöstlich der dänischen Insel Bornholm. Selbst eine Messstation in Nordschweden, 1500 Kilometer entfernt, registrierte die zweite Erschütterung. Später wurden in der Nähe der beiden Erdbeben die Pipelinelecks entdeckt.

Seismologen zufolge hängen die Messwerte zweifelsfrei mit Explosionen zusammen. Demnach deutet die Form der Seismogramme nicht auf natürliche Erdbeben hin, sondern auf Unterwasserexplosionen. „Bei Erdbeben gehen die seismischen Wellen von einer Fläche aus, bei Explosionen von einem

Punkt“, erklärte Joachim Saul vom Deutschen Geoforschungsinstitut Potsdam. Das könne man im Seismogramm unterscheiden. Verdächtig war demnach auch ein seismisches Rauschen, das direkt nach den Ereignissen einsetzte. Dieses Rauschen könnte durch das aus dem Pipelineleck austretende Gas hervorgerufen worden sein.



„Alle verfügbaren Informationen deuten darauf hin, dass diese Lecks das Ergebnis einer vorsätzlichen Handlung sind.“

Das erklärte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell im Namen der 27 Mitgliedstaaten. Foto: Julia Nikhinson/AP/dpa

Auch die Bundesregierung geht von Sabotage aus. Regierungssprecher Steffen Hebestreit sagte, dass es „keine natürliche Ursache für diesen Vorfall geben kann“. Die Ukraine hatte bereits am Dienstag Russland für die Lecks verantwortlich gemacht. So solle die Energiekrise in Europa verschärft und Panik vor dem Winter ausgelöst werden.

Kremlsprecher Dmitri Peskow wies derlei Schuldzuweisung zurück. „Es ist ziemlich vorhersehbar und vorhersehbar dumm und absurd, solche Annahmen zu treffen“, sagte er nach Angaben der Agentur Interfax. Die Schäden seien auch für Russland ein großes

Problem. Beide Stränge von Nord Stream 2 seien mit Gas gefüllt. „Dieses Gas kostet viel Geld, und jetzt entweicht es in die Luft.“ Bevor irgendwelche Aussagen gemacht würden, müssten Untersuchungen an den Lecks abgewartet und festgestellt werden, ob es sich um eine Explosion oder nicht gehandelt habe, sagte Peskow. Zu-

dem forderte er, dass Russland an der Aufklärung der Vorfälle beteiligt werden solle.

Ohne die Ereignisse an den Pipelines explizit zu nennen, hat die EU-Kommission einen Vorschlag für ein weiteres Sanktionspaket gegen Russland vorgelegt. Das Paket enthalte unter anderem die Rechtsgrundlage für einen Preisdeckel für Ölimporte aus Russland sowie weitere Importbeschränkungen im Wert von 7 Milliarden Euro, sagte Kommissionschefin Ursula von der Leyen. Nun müssen die EU-Staaten über den Vorschlag verhandeln und einstimmig darüber entscheiden. Die EU selbst hat bereits beschlossen,

dass ab dem 5. Dezember kein russisches Rohöl mehr über den Seeweg in die Europäische Union eingeführt werden darf. Darüber hinaus verständigte sich die G7-Gruppe wirtschaftsstarker Demokratien im Grundsatz auf eine Preisobergrenze für russisches Öl, die auch für Drittstaaten gelten soll. Ziel ist, dass Russland weltweit weniger an seinem Öl verdient. So soll Russland dazu gezwungen werden, Öl künftig für einen deutlich niedrigeren Preis an große Abnehmer wie Indien zu verkaufen.

Zu den weiteren Sanktionsvorschlägen vom Mittwoch gehört auch ein Verbot für EU-Bürger, Sitze in Führungsgremien russischer Staatsunternehmen einzunehmen. Dafür hatte sich vor allem Berlin eingesetzt, nachdem Ex-Kanzler Gerhard Schröder (SPD) lange Aufsichtsratschef des russischen Ölkonzerns Rosneft war. Zudem soll es verboten werden, bestimmte Schlüsseltechnologien nach Russland zu exportieren. Dazu gehören „Produkte für die Luftfahrt, elektronische Komponenten und spezielle chemische Grundstoffe“, sagte von der Leyen. Auch sollen weitere Personen mit Einreiseverboten und Vermögenssperren belegt werden.

Können die Gaspipelines repariert werden? Mehr auf Tages-Thema

## Trierer Bischof sieht „schmerzlichen Lernweg“

Deutsche Bischöfe wollen das Aufarbeiten von sexuellem Missbrauch in der Kirche neu ordnen

■ Fulda. Die katholische Deutsche Bischofskonferenz will die Bekämpfung und Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt neu ordnen. In Zukunft soll diese Arbeit von drei getrennten Gremien geleistet werden, sagte der scheidende Missbrauchsbeauftragte, der Trierer Bischof Stephan Ackermann, während der Herbstvollversammlung der Bischöfe in Fulda. Dazu werden eine bischöfliche Fachgruppe und ein neuer Expertenrat gegründet. Das dritte Gremium ist der bereits existierende Betroffenenbeirat.

Dieser mahnte die rasche Umsetzung der neuen Struktur an.

Der neue Vorsitzende der Fachgruppe, der Ackermann ablösen wird, ist der Aachener Bischof Helmut Dier. Dessen Stellvertreter wird der Freiburger Erzbischof Stephan Burger. Ackermann hatte im Mai öffentlich gemacht, dass er das Amt des Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs in der Bischofskonferenz bis zum Herbst abgeben werde. Er hatte das Amt seit Bekanntwerden des Missbrauchsskandals 2010 inne.

Die Kirchenvolksbewegung „Wir sind Kirche“ teilte mit, die Bischöfe hätten viel zu lange einen großen Teil ihrer Verantwortung für die Missbrauchsaufarbeitung auf Ackermann „abgewälzt“. Auch wenn es jetzt eine Fachgruppe gebe, werde dieses Grundproblem der bischöflichen Eigenverantwortlichkeit auch in Zukunft ein Hemmschuh der Aufarbeitung sein. Der Sprecher der Betroffeneninitiative „Eckiger Tisch“, Matthias Katsch, sagte, auch ein neuer Beauftragter und neue Gremien änderten nichts daran, dass viele Opfer immer noch auf schnelle Hilfen warteten. „Jetzt ist die Politik gefordert“, so Katsch.

Ackermann sagte, ihm sei bewusst, dass er in seiner Rolle als Missbrauchsbeauftragter auch Betroffene verletzt habe. Das tue ihm leid, und dafür wolle er um Verzeihung bitten. Die Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs bleibe für alle Beteiligten ein „schmerzlicher Lernweg“.

Mehr auf Forum

## Unser Wetter



## Sonne lässt sich blicken

Nach Auflösung örtlicher Nebelfelder kommt es bei einem Wechsel von Sonnenschein und Wolken nur vereinzelt zu Schauern. An Rhein und Mosel liegen die Höchsttemperaturen bei 12 bis 14 Grad.